

Globaler Krieg gegen den Terrorismus

Die Auswirkungen auf SOA — Ein Workshop der Südostasien Informationsstelle

von Harriet Ellwein

Auf einem Workshop am 27. September 2003 ging die Südostasien Informationsstelle auf die Auswirkungen der innenpolitischen Entwicklungen in Südostasien im Zuge der Anti-Terror-Politik ein und stellte Fragen nach Veränderungen in Parteien, religiösen Gruppen, Militär etc.

Ausgangspunkt war die veränderte weltpolitische Lage nach den Anschlägen vom 11. September 2001, die jede Region dieser Erde betroffen hat. Dem von den USA begonnenen »war against terrorism« schlossen sich alle südostasiatischen Staaten an, insbesondere die Philippinen, Malaysia und Indonesien, in denen fundamentalistische islamische Bewegungen mit möglichen Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk aktiv waren.

Zurück in die Geschichte

Einen Schritt zurück in die Geschichte machte der Publizist Rainer Werning mit seinem Beitrag »Die USA und der Krieg gegen den Terror in Südostasien — Wahrnehmung der US-Aktionen in Südostasien«[#]. Er erinnerte an das Zusammenbrechen des spanischen Kolonialreichs Ende des 19. Jahrhunderts und an die Bestrebungen der USA, mit den ehemaligen Kolonialmächten gleichzuziehen. Hundert Jahre später war es der »reale Sozialismus«, der zusammenbrach und den Weg frei machte für die alleinige Weltmacht USA.

Die Volksrepublik China sei, so Werning, der letzte strategische Feind der USA. In Korea betrachte man den traditionellen Verbündeten mit zunehmender Skepsis. Brilliant sei die Gratwanderung des inzwischen zurückgetretenen malaysischen Premiers Mahathir, der seine

antiimperialistische und antikoloniale Politik mit der rigiden Durchsetzung des »International Security Act« (ISA) verbinde. Als glühendste Befürworterin der US-Politik macht Werning die philippinische Präsidentin Arroyo aus, die den Krieg gegen den Terror benutze, um sich ein für alle Mal der muslimischen Widerstandsbewegung in Mindanao zu entledigen.

Neue gesellschaftliche Spannungsfelder

»Anti-westliche Ressentiments und neue gesellschaftliche Spannungsfelder im Fahrwasser der US-Anti-Terror-Politik« beobachtete Claudia Derichs[#] von der Universität Gesamthochschule Duisburg. Diese seien nicht neu, betonte sie und erinnerte an die anti-westliche Rhetorik aus der Debatte von Malaysias Mahathir und Singapurs Lee Kuan Yew über asiatische Werte in den achtziger Jahren.

Jetzt habe der globale Anti-Terror-Kampf neue Fragen um ethnische und religiöse Identität aufgeworfen, neue Bündnisse geschaffen und Reformbewegungen fragmentiert, vor allem in überwiegend islamischen Gesellschaften. In Malaysia macht Claudia Derichs diejenigen als Leidtragende dieser Entwicklung aus, die sich für einen politisch unvereinbaren Islam mit einer säkularen Ausrichtung und mehr demokratische Rechte einsetzen und dafür in eine pro-westliche Ecke gedrängt werden.

Dies sei symptomatisch für die Region, in der kaum ein Land darauf verzichtet habe, aus der Islam- und Terrorphobie politisches Kapital zu schlagen und systematisch demokratische Errungenschaften wieder abzubauen.

Regionale Kooperation im Rahmen der veränderten Lage

Karl Mertes, Journalist beim WDR, ging anschließend in seinem Referat »ASEAN und regionale Kooperation im Rahmen der veränderten weltpolitischen Lage«[†] der Frage nach, ob die südostasiatische Staatengemeinschaft auch formal an einem Strang zieht.

Er erinnerte daran, dass ASEAN 1967 als lockeres Bündnis gegründet wurde, mit wenig formalisierten Kompetenzen. Als zäh für die Beschlussfassung erwies sich das vereinbarte Prinzip der Konsensbildung. Alleingänge einzelner Länder, wie die Freihandelspolitik Singapurs oder das ungelöste Gastarbeiterproblem wiesen darauf hin, dass ASEAN im Gegensatz zur EU sich nicht von Teilen nationaler Souveränität trennen wolle. Nicht einmal das im Juni 2002 beschlossene Abkommen zum Kampf gegen den Terrorismus wurde von allen Außenministern unterzeichnet.

Die Autorin ist Vorstandsmitglied der Südostasien Informationsstelle.

Die US-Politik und die Demokratisierung in Indonesien

Patrick Ziegenhain vom Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg fasste zum Schluss die Auswirkungen der US-Politik auf Demokratisierungsprozesse in Indonesien zusammen[#]: Neue Anti-Terror-Gesetze schränken die Freiheitsrechte ein, wie in Indonesien, wo zwei neue Gesetze verabschiedet wurden und gleichzeitig der Ruf nach einem ISA à la Malay-

sia/Singapur aufkam. Angeschlossen hat sich auch Thailand, wo Polizei und Sicherheitskräften weitergehende Rechte zur Verbrechensbekämpfung zugestanden wurden. Ziegenhain betont ausdrücklich, dass es sich um interne Maßnahmen für den Kampf gegen den Terror von außen handelt. Dies führe in Thailand, Indonesien und den Philippinen zu einer Stagnation bzw. Regression der eingeleiteten Demokratisierungsprozesse.

Fazit: Der Kampf gegen den Terror ist verbal angesagt, doch es

wird nicht mit einer Stimme gesprochen. Jedes Land definiert »Terror« nach eigenem Gutdünken, um innenpolitische Gegner mit außenpolitischen Argumenten zu bekämpfen! ●

Anmerkungen

- #) Die Beiträge sind Auszugsweise in diesem Heft abgedruckt. Rainer Werning, Seite 8, Claudia Derricks, Seite 12 und Patrick Ziegenhain, Seite 14.
t) Der Vortrag von Karl Mertes zur Staatengemeinschaft ASEAN erscheint in *südostasien* 1/2004.

»Es war das schönste Treffen meines Lebens«

Indonesien-Europa Netzwerk Treffen II

Vom 29. Oktober bis zum 2. November 2003 hat im Asienhaus das zweite Indonesien — Europa Netzwerk Treffen stattgefunden. Das Treffen wurde von mehreren Personen aus Deutschland und den Niederlanden organisiert und von zahlreichen Organisationen aus Holland (Indonesia House, GPDI), Frankreich (Pasar malam und Restoran Indonesien), England (Tapol), Schweden, Deutschland, dem Arbeitskreis Dritte Welt aus Aachen, Imbas aus Frankfurt und Watch Indonesia aus Berlin unterstützt. Gastgeber war die Südostasien Informationsstelle.

Das Ziel: Konsolidierung von Personen und Organisationen in Europa

Das Ziel des Treffens war die Konsolidierung von Personen und Organisationen in Europa, die sich für die Demokratisierung in Indonesien engagieren. Obwohl es zum Schluss kleine inhaltliche Auseinandersetzungen gab, waren die 65 Teilnehmer und Teilnehmerinnen insgesamt mit dem Tref-

fen zufrieden. Wie der älteste Teilnehmer, Umar Said aus Frankreich bei seiner Rede sagte: »Dieses zweite indonesische Europa Netzwerk Treffen in Essen ist das schönste Treffen meines Lebens«. Es war interessant, da das Treffen zum ersten Mal seit vielen Jahren von verschiedenen indonesischen politischen Gruppierungen aus Europa besucht wurde. Das blutige Ereignis in Indonesien von 1965 wurde in den Mittelpunkt des Treffens gestellt.

Bei dem Hauptthema forderte Ibrahim Isa von der Stiftung Wertheim-Amsterdam die indonesische Regierung auf, die Rehabilitation der Opfer von 1965 zu verwirklichen. Ohne sie würde die nationale Konsolidierung und Wiedergutmachung in Indonesien nicht stattfinden und dadurch sei die Einheit Indonesiens gefährdet. Der Vertreter von Asian Law Resources aus Brüssel, Tim Gill, ergänzte die Forderung von Ibrahim Isa: »Das Problem von 1965 ist wie ein Mammot unter der Erde mit seinem Elfenbein über der Erde« – das bedeutet, im Moment versteht man das Problem von 1965 nur als einen Bruchteil von einem Riesenbrocken. Deswegen müssen die Ereignisse von 1965 von allen Parteien Schritt für Schritt gemeinsam bearbeitet werden. Sri Tunruang vom Arbeitskreis Dritte Welt aus Aachen betonte dabei, daß

von Warsito Ellwein

das Suharto-Regime die Mitglieder der Frauenorganisation »Gerwani« verleumdet habe und seit seiner Machtübernahme keine gelenkte Frauenorganisation in Indonesien existierte.

Unter den Teilnehmern kamen zwei Referenten direkt aus Indonesien und zwar Hilmar Farid von »Jaringan Kerja Budaya« — Jakarta und Usin Abdisyah Putra von »Organisasi Rakyat Independen« — Bengkulu, Sumatra. Die beiden Referenten gaben einen Überblick über die aktuelle politische Lage in Indonesien. Außerdem erläuterte Hilmar Farid den Teilnehmern die Bedeutung der Volksagenda im Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Diese kämpft unter anderem gegen die Privatisierung, die Korruption, die Last der Auslandsschulden und gegen die grenzenlose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Zum Ende des Treffens signalisierte Abdisyah Putra den Teilnehmern und Teilnehmerinnen, dass die Soziale Bewegung auf der Basisebene stärker geworden ist. Die Bauern, Arbeiter und Fischer glaubten den Worten der Regierung und auch denen der Intellektuellen Gruppen nicht mehr. Sie versuchen nun sich untereinander zu organisieren um die eigenen Interessen durchzusetzen. ●

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.